

SPEZIAL-
AUSGABE

JAHRESBERICHT 2025



PUBLIC EYE
MAGAZIN

NR. 58
FEBRUAR 2026

Public Eye

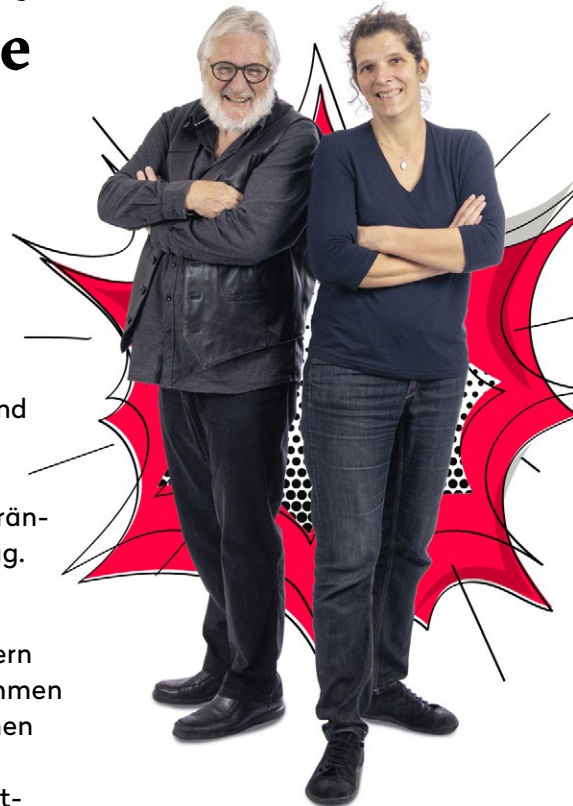
Menschenrechte und Demokratie in Gefahr

Inhalt

- 4 **Mode**
- 8 **Korruption**
- 12 **Lebensmittelindustrie**
- 16 **Rohstoffe**
- 19 **Gesundheit**
- 22 **Pestizide**
- 24 **Handelspolitik**
- 26 **Konzernverantwortung**
- 29 **Slapps**
- 30 **Freiwillige**
- 33 **Schulbesuche**
- 34 **Podcast**
- 35 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2025**
- 51 **Mission**

Im Juni 2025 befassten wir uns an unserer Generalversammlung mit den Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen auf die Demokratie, die Schweiz und die Arbeit von Public Eye. Diese Veränderungen erfolgen Schlag auf Schlag.

Damit ist die Rolle von Public Eye heute wichtiger denn je. Wir prangern die wachsende Macht der Unternehmen in unserer Demokratie an, wir machen Korruptionsfälle publik, schlagen Lösungen zur Bewältigung des Fast-



Fashion-Irrsinns vor und schauen hin, wenn Schweizer Unternehmen Ungleichheit verursachen – etwa mit gezuckertem Nestlé-Babybrei in Afrika. Public Eye bleibt dran – und das mit Entschlossenheit.

Dies gilt auch, wenn Konzerne uns vor Gericht zerren und die Solidität und Glaubwürdigkeit unserer journalistischen Arbeit infrage stellen. Der Druck auf Medien und Nichtregierungsorganisationen, die im öffentlichen Interesse recherchieren, ist in letzter Zeit massiv gestiegen. Und juristische Verfahren binden Ressourcen in Form von Zeit und Geld.

Zwar hat die Justiz die Autor*innen eines Berichts von Public Eye kürzlich erneut freigesprochen, indem sie die Berufung des Zuger Rohstoffkonzerns Kolmar im Strafprozess zurückgewiesen hat. Doch Rückstellungen, die angesichts der von Kolmar zusätzlich eingereichten Zivilklage nötig wurden, belasten nach wie vor unsere Bilanz. Umso wichtiger ist es, den Kreis unserer Mitglieder und Spender*innen zu erweitern, damit unsere Kapitalbasis weiterhin kerngesund bleibt.

Schliesslich ermöglichen uns Ihre Treue und Ihre Grosszügigkeit, mit unserem Engagement die nötige Wirkung zu erzielen. Im Namen des Vorstands bedanken wir uns herzlich bei Ihnen allen. Denn Sie alle tragen dazu bei, dass wir die Mission von Public Eye erfüllen können: Hinschauen statt wegschauen.

Aline Gavillet und Fred Sommer, Co-Präsidium Public Eye

*Mitarbeitende auf der Titelseite:
Simon Berthoud, Sibylle Müller,
Romeo Regenass, Annuscha
Wassmann-Tomura, Sasha Roderer*

PUBLIC EYE MAGAZIN

Spezialausgabe
Jahresbericht 2025, Nr. 58
Februar 2026

—
ISSN 2504-1266

Das Public Eye Magazin erscheint 6-mal jährlich, davon einmal als Jahresbericht, in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

—
REDAKTION Romeo Regenass (D)
und Antoine Panchaud (F)
GRAFIK Karin Hutter, Fundtastic AG
FOTOGRAFIE Marion Nitsch

—
DRUCK Stämpfli Kommunikation, Bern;
PAPIER Rebello & PerlenValue, FSC;
AUFLAGE D: 36 400 Ex. / F: 13 100 Ex.

—
KONTAKT Public Eye,
Dienerstrasse 12, Postfach,
8021 Zürich, +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—
SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

Mit dem Schweizer Modefonds Fast Fashion bekämpfen

Mit einem 5 Tonnen schweren Berg von Altkleidern vor dem Bundeshaus setzten wir ein starkes Zeichen in Bern: Die Politik muss mit Fast Fashion aufräumen.

Anfang September türmten sich auf dem Bundesplatz 5 Tonnen Altkleider – ein Berg aus Kleidersäcken und Textilien als starkes Zeichen für die Regulierung der Fast-Fashion-Industrie. Mit dieser Aktion machten wir sichtbar, was sonst im Verborgenen bleibt: Jährlich fallen in der Schweiz rund 100 000 Tonnen Kleidung an, oft unter ausbeuterischen Bedingungen produziert, kaum getragen und am Ende verbrannt oder exportiert.

Unser Lösungsvorschlag: der Schweizer Modefonds

Die Aktion auf dem Bundesplatz war ein Highlight unserer Kampagne für den Schweizer Modefonds. Mit diesem Instrument sollen Modeunternehmen verpflichtet werden, sich an den sozialen und ökologischen Folgekosten ihres Geschäftsmodells zu beteiligen. Konkret heisst das: Für



neue verkaufte Kleidung zahlen Unternehmen in den Modefonds ein. Der Clou: Je nachhaltiger die Produkte, desto geringer der Beitrag. So setzen wir starke Anreize für gute, faire und langlebige Mode. Aus den Einnahmen des Fonds fördern wir günstigere Reparaturen, mehr Secondhand-Angebote, hochwertiges Recycling, nachhaltigere Produktion. So schaffen wir eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft für gute Mode, Anreize für Qualität statt Masse und für faire Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette.

Petition und breite Unterstützung

Der Vorschlag stiess auf grosse Resonanz: Über 34 670 Menschen haben unsere Petition unterzeichnet. Die Forderung «Stop Fast Fashion» teilt eine breite Allianz – von Konsumentenschutzorganisationen über Gewerkschaften bis hin zu Fair-Trade-Initiativen. Auch Regionalgruppen von Public Eye und einzelne Unternehmen beteiligten sich mit kreativen Aktionen, Kleidertauschevents, Testimonials und Sortieraktionen, um Alternativen zur Wegwerfmentalität sichtbar zu machen.

Echte Veränderung ist möglich

Nun gilt es, das Momentum zu nutzen. Erfreulicherweise wurde die Idee auch schon im Bundeshaus aufgenommen. Eine erste Motion unterstützt den Modefonds, auch andere Stimmen fordern einen vorgezogenen Recyclingbeitrag für Textilien. Am nachhaltigsten und klügsten wäre es, ein solches Instrument nicht isoliert, sondern als zentralen Baustein einer strategischen Regulierung des Sektors zu betrachten: Teil eines solchen systematischen Ansatzes wären etwa Eco-Design-Vorgaben, die Langlebigkeit und Reparierbarkeit vorschreiben, digitale Produktpässe, die Transparenz schaffen und Recycling erleichtern, Sorgfaltsprüfpflichten entlang der Lieferkette und strengere Regeln gegen manipulatives Marketing. ■



Ausbeutung in der Toskana für 1500 Euro teure Handtaschen

Vom Luxuskonzern Richemont in Genf forderten wir Gerechtigkeit für ausgebeutete Arbeiter*innen. Auch bei hochpreisigen Modeartikeln endet die Verantwortung nicht an der Schweizer Grenze.

Im schicken Örtchen Bellevue – nomen est omen – bei Genf liegt die Zentrale eines Konzerns, der bislang praktisch fernab der Öffentlichkeit geschäftet konnte: Richemont. Nomen est omen auch hier: Es handelt sich um den drittgrössten Luxusgüterkonzern der Welt. Die Geschäfte laufen gut: Der neue Konzernchef Nicolas Bos erhielt in seinem ersten Geschäftsjahr gleich einmal eine Gehaltserhöhung von 55 % gegenüber seinem Vorgänger.



Etwas weniger grosszügig geht Richemont mit den Arbeiter*innen in seiner Lieferkette um, wie wir im Rahmen einer Recherche in Italien feststellen konnten. Über das Netzwerk Clean Clothes Campaign (CCC), dem auch Public Eye angehört, gelangte die Anfrage der lokalen Gewerkschaft Sudd Cobas aus Prato in der Toskana an uns, sie in ihrem Kampf für die Rechte ausgebeuteter migrantischer Arbeiter*innen zu unterstützen.



Im Frühling veröffentlichten wir eine Reportage, entstanden in enger Zusammenarbeit mit Sudd Cobas und der italienischen Vertretung von CCC, Abiti Puliti. Darin erzählten wir, wie die Richemont-Marke Montblanc in der Toskana edle Ledertaschen produzieren liess: von Arbeitern wie Muhammad Arslan oder Hassan Ali aus Pakistan, die 12 Stunden am Tag 6 Tage die Woche in Zulieferbetrieben arbeiteten, zu 3 Euro die Stunde. Unterstützt von Sudd Cobas, hatten Arslan, Ali und ihre Kolleg*innen

sich erfolgreich für legale Arbeitsbedingungen gewehrt. Nur um wenige Wochen danach zu erfahren, dass Richemont den Vertrag mit der Zulieferfabrik kündigte.

In der Höhle des Löwen

Um unseren Forderungen nach Wiedergutmachung und besseren Kontrollen Gehör zu verschaffen, besuchten wir die Generalversammlung von Richemont in Genf. Tatsächlich liess es sich Präsident Johann Rupert nicht nehmen, ausführlich auf unsere Fragen zu antworten. Er

Ausblick

- Die Petition ist eingereicht, doch unser Einsatz für den Schweizer Modedefonds geht weiter, damit die Politik jetzt nicht nachlässt und unsere Vorschläge zu konkreten Verbesserungen führen.
- Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf existenzsichernden Löhnen. Hierzu analysieren wir Einkaufspreise von Textilien, denn zu tiefe Preise sind ein zentraler Hinderungsgrund für gerechte Bezahlung.
- In unserer Sensibilisierungsarbeit rücken wir die Vorschläge für eine umfassende Transformation des Modesystems in den Fokus.

zeigte sich dabei jedoch uneinsichtig und wies unsere Forderungen zurück.

Es bleibt zu hoffen, dass die Gerichte in Italien genauer hinschauen und die Situation anders beurteilen werden: Sechs betroffene Arbeiter haben vor Gericht ihre Kündigungen angefochten, der Richemont-Konzern hat Exponent*innen der Gewerkschaft auf Verleumdung verklagt. Beide Verfahren sind hängig. Wir werden dranbleiben und den ausgebeuteten Arbeiter*innen wie der Gewerkschaft weiter zur Seite stehen. ■

Gerechtigkeit statt Geldwäsche und Korruption

Das Parlament hat zwar zwei wichtige Geschäfte abgeschlossen, doch die interessierte Lobby hat ihnen ihren Stempel aufgedrückt. Public Eye hat eine Petition lanciert, damit bei Verurteilungen von Unternehmen wegen Korruption im Ausland nicht nur Recht gesprochen, sondern auch Gerechtigkeit hergestellt wird.

Politik braucht einen langen Atem. Das ist bei der Geldwäschereibekämpfung nicht anders. 2014 hatte Public Eye, noch als Erklärung von Bern, «öffentlich zugängliche Informationen über die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen» gefordert. Dieses Instrument zur Geldwäschereibekämpfung ist inzwischen internationaler Standard. Diesen Herbst ist die Forderung auch in der Schweiz Realität geworden – zumindest teilweise. Das Parlament hat die Einführung eines Transparenzregisters über die wahren Eigentümer*innen von Unternehmen und anderen Rechtspersonen beschlossen.

Dieses Register soll aber nicht öffentlich zugänglich sein, auch für spezialisierte Nichtregierungsorganisatio-





nen und Medien nicht. Zudem müssen Stiftungen und Vereine, die gerne zur Geldwäscherei verwendet werden, nicht erfasst werden. Immerhin konnte teilweise verhindert werden, dass für das Register eine sogenannte Richtigkeitsvermutung gilt. Damit hätten sich Banken vermutlich auf die Angaben im Register verlassen können und weniger in die eigene Risikoanalyse ihrer Kund*innen investiert.

Anwaltslobby verwässerte Reform komplett

Während die Einführung des Transparenzregisters als Fortschritt mit Luft nach oben bezeichnet werden kann, ist die Reform des Geldwäschereigesetzes von der Anwaltslobby komplett verwässert worden.

Zur Erinnerung: Bereits 2021 wollte der Bundesrat Sorgfaltspflichten für Berater*innen einführen. Also für die Anwälte*innen und Treuhänder*innen, die Briefkastenfirmen und alle möglichen Rechtskonst-

rukte einrichten, um Vermögen und Geschäfte in der Schweiz zu verstecken.

Im zweiten Anlauf wurden diese Sorgfaltspflichten zwar angenommen, jedoch gezielt abgeschwächt, sodass mehr als fraglich ist, ob sie überhaupt zur Anwendung kommen werden. Um nur zwei Ausnahmen zu nennen: Sorgfaltspflichten bestehen zwar bei der Gründung und Verwaltung von «nicht operativen Gesellschaften», Holdinggesellschaften sind aber ausgenommen. Und sie gelten für die Beratung bei Immobiliengeschäften, doch erst ab einem Wert von 5 Millionen Franken. Um so viel Geld geht es bei 1 von 100 Verkäufen.

Solche Spitzfindigkeiten liessen sich noch mehr aufführen. Die Debatte im Parlament hat gezeigt, dass die Anwalts- und Treuhandlobby nicht nur die rechtsbürgerliche Mehrheit instrumentalisieren konnte, sondern auch privilegierten Zugang zur Kommission und zur Verwaltung hatte. Die Parlamentsmehrheit hofft nun, zwei internationale Standards zur Geldwäschereibekämpfung erfüllt zu haben. Es ist aber mehr als fraglich, ob die internationale Financial Action Task Force (FATF), welche die Standards definiert, das auch so sehen wird. Die entsprechende Überprüfung findet wohl 2027 statt.

Public Eye hat den Gesetzgebungsprozess eng begleitet, zahlreiche Entwürfe analysiert und mit Parla-

mentarier*innen Fallstricke und Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Zudem haben wir im Verlauf des Jahres mit Recherchen den Handlungsbedarf klar aufgezeigt. Im März zur laschen Geldwäschereibekämpfung der Genfer Privatbank HSBC in der Salameh-Affäre; gegen den ehemaligen Chef der libanesischen Zentralbank wird in einem Dutzend Ländern, darunter in der Schweiz, wegen Verdacht auf schwere Geldwäscherei ermittelt. Und im September zu einem Finanzskandal um eine undurchsichtige Handysteuern in der Demokratischen Republik Kongo, der bis in die Schweiz reichte.

Schweizer Justiz im Fokus

Für einen wirksamen Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, die dem Ruf des Schweizer Finanz- und Rohstoffplatzes schadet, brauchen die Justizbehörden mehr und bessere Instrumente. Eines davon, die «aufgeschobene Strafverfolgung», im angelsächsischen Raum bekannt als «Deferred Prosecution Agreement», war 2025 Gegenstand der parlamentarischen Debatte. Mit ihm soll mittels Vereinbarung zwischen Staatsanwaltschaft und einem Unternehmen die Strafverfolgung bei Korruptions- oder Betrugsfällen unter Auflagen vorübergehend ausgesetzt und später ganz eingestellt werden. Dies wirft jedoch wichtige Grundsatzfragen auf: Damit in



jedem Fall das öffentliche Interesse überwiegt, haben wir Empfehlungen für die politische Debatte dazu erarbeitet.

Weil die Schweizer Justiz in gewissen Fällen zwar Recht spricht, nicht aber Gerechtigkeit herstellt, lancierten wir im Oktober die Petition: «Kein Profit aus Korruption – Illegale Gewinne der geschädigten Bevölkerung zurückgeben.» Denn wenn Schweizer Unternehmen wegen Bestechung im Ausland verurteilt werden, müssen sie jeweils den dank der Korruption illegal erwirtschafteten Gewinn wieder abgeben. So kamen über die



Jahre mehr als 900 Millionen Franken zusammen. Doch statt dieses Geld an die geschädigte Bevölkerung in den Ländern zurückzugeben, in denen die Bestechung stattfand, kassierte die Schweiz die ganze Summe selbst ein.

Diese Ungerechtigkeit könnte verhältnismässig einfach korrigiert werden. Genau da setzt die Petition an: Public Eye will den Bundesrat auffordern, das entsprechende Gesetz und dessen Umsetzungspraxis zu reformieren. Damit soll bei künftigen Verurteilungen von Unternehmen wegen Bestechung im Ausland auch der geschädigten Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahren. ■

Ausblick

- Im Frühjahr wird die Petition «Kein Profit aus Korruption» eingereicht. Wir bleiben dran und werden darauf hinwirken, dass die Bundesverwaltung die notwendigen Reformen angeht.
- Genau beobachten werden wir die Einführung des Transparenzregisters und die Umsetzung der Reform des Geldwäschereigesetzes. Am Horizont winkt bereits die Überprüfung durch die FATF. Sie wird zeigen, ob die Neuerungen den internationalen Standards entsprechen.
- Artikel 47 des Bankengesetzes verhindert die Weitergabe von Bankdaten und bedroht investigative Recherchen wie diejenigen von Public Eye. 2026 wird dieses Thema politisch wieder an Fahrt aufnehmen. Wir werden uns für eine Reform des Maulkorbartikels einsetzen.
- 2026 steht voraussichtlich auch der nächste grosse Geldwäschereiprozess am Bundesstrafgericht in Bellinzona an. Die Genfer Privatbank Lombard Odier ist angeklagt, bei der Verschleierung von Gewinnen von Gulnara Karimowa, der Tochter des ehemaligen usbekischen Präsidenten, geholfen zu haben.

Moderne Sklaven in Nestlés Lieferkette

Auch 2025 stand Ausbeutung in der Produktion von Kaffee für den Lebensmittelgiganten aus Vevey in unserem Fokus: Wir deckten auf, dass Menschen in Brasilien in sklaverei-ähnlichen Verhältnissen arbeiten mussten – auf einer Plantage, die für einen zertifizierten Nestlé-Zulieferer produzierte.

In Zusammenarbeit mit der Organisation Repórter Brasil brachten wir mehrere Fälle von moderner Sklaverei bei Zulieferern von Nestlé ans Licht. Was dies bedeutet, erleben die Erntearbeiter José Lima und Jurandir Dos Santos am eigenen Leib: Sie mussten auf dünnen Matratzen auf dem Boden schlafen, es gab kaum sanitäre Einrichtungen, sie wurden von Krankheiten geplagt und erhielten keine medizinische Versorgung; sie mussten von frühmorgens bis spätabends arbeiten und erhielten kaum genug zu essen. Dabei wurden sie fast um den ganzen Lohn gebracht. Lima und Dos Santos wurden illegal Schulden für Anreise und Arbeitsmaterial aufgehalst, die sie, zusammen mit Gewaltandrohungen, auf der Farm halten sollten. Sie sind trotzdem geflohen und haben uns ihre Geschichte erzählt.





Unsere Recherchen brachten es dann ans Licht: Die Farm, auf der die – behördlich dokumentierte – moderne Sklaverei stattfand, verkaufte ihren Kaffee an eine zertifizierte Kooperative, die auch an Nestlé liefert.

Der Schweizer Lebensmittelgigant ist die Nummer eins im globalen Kaffee-geschäft – ein Wachstumsmarkt, in dem Nestlé Milliarden-gewinne erzielt. Der Konzern behauptet, entschieden gegen moderne Sklaverei in seiner Wertschöpfungskette vorzugehen. Die von uns aufgedeckten Fälle zeigen eine andere Realität.

Ausblick

► 2026 schauen wir dem Lebensmittelriesen Nestlé in Bezug auf die Herkunft seiner Agrarrohstoffe weiterhin auf die Finger und unterstützen Kaffeeproduzent*innen und -arbeiter*innen bei ihrem Kampf um würdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Entlohnung.

Kein existenzsicherndes Einkommen für Bauernfamilien in Südmexiko

2024 haben wir über die Kaffeebäuerinnen und -bauern in Chiapas berichtet, die gegen die viel zu tiefen Preise auf die Strasse gegangen sind, die Nestlé für ihren Kaffee bezahlt. Wir sind weiter in regelmässigem Austausch mit ihnen und haben in Vevey Druck gemacht. Für die letzten beiden Ernten haben die Produzent*innen denn auch einen etwas besseren Preis bekommen – der allerdings bei Weitem nicht so stark gestiegen ist wie derjenige an der internationalen Börse. Und was es eigentlich bräuchte, wäre ein Preismechanismus, der den Kaffeebauernfamilien ein existenzsicherndes Einkommen garantieren würde. Davon ist Nestlé allen Versprechen zum Trotz noch weit entfernt. ■

Immer noch Zucker in der Babynahrung von Nestlé

Vor fast zwei Jahren gingen unsere Enthüllungen über die Doppelmoral von Nestlé um die Welt und lösten eine Welle der Empörung aus. Letztes Jahr zeigte eine neue Untersuchung von Public Eye, dass der multinationale Konzern Babys auf dem afrikanischen Kontinent weiterhin mit Zucker vollstopft.

Im April 2024 haben wir die Doppelmoral von Nestlé in Bezug auf Zucker in Babynahrung aufgezeigt, was weltweit für Aufruhr sorgte. In Indien führte der Skandal gar zu einem Kursverfall der Aktien des Konzerns, woraufhin dieser die Einführung von 14 neuen Babybreiprodukten ohne Zuckerzusatz ankündigte. Eine hervorragende Nachricht für Millionen von Kleinkindern.

Auf dem afrikanischen Kontinent, einem Schlüsselmarkt für den Schweizer Giganten, sieht die Realität jedoch ganz anders aus: In einem Umfeld, in dem Fettleibigkeit zu einer echten Gefahr für die öffentliche Gesundheit geworden ist, fügt der Konzern dem Grossteil der Babynahrung weiterhin Zucker hinzu. Dies haben wir 2025 in einer neuen brisanten Untersuchung aufgedeckt, die auf der Laboranalyse von rund 100 Babybreien der

Nestlé-Marke Cerelac basiert, die in 20 afrikanischen Ländern verkauft werden.

Im Durchschnitt enthielt jede Portion fast 6 Gramm zugesetzten Zucker, was anderthalb Würfeln entspricht. Diese Menge liegt 50 % über dem Wert unserer ersten Untersuchung, die hauptsächlich Produkte betraf, die in Asien und Lateinamerika im Verkauf waren. Und es ist zweimal so viel wie damals in Indien, dem weltweit grössten Markt des Konzerns, erhoben wurde.

Das ist noch nicht alles: Auf der Verpackung fehlt der Gehalt an zugesetztem Zucker meist. Dennoch fährt Nestlé in Afrika eine offensive Marketingstrategie und bewirbt Cerelac als «speziell entwickelt», um die Ernährungsbedürfnisse von Babys zu erfüllen und ein «optimales Niveau von Vitaminen und Mineralstoffen für Wachstum und Ent-





wicklung» zu bieten. Im Oktober reisten wir nach Südafrika, um die Begeisterung für die Nestlé-Babynahrung zu verstehen und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit zu beurteilen. In der Provinz Ostkap, einer der ärmsten des Landes, trafen wir Mütter, die ihr geringes

Ausblick

- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Nestlé seine Babynahrung weltweit ohne Zuckerzusatz anbietet.
- Wir werden unsere Partner in Afrika darin unterstützen, die Ergebnisse unserer Recherche zu verbreiten, eine Anpassung der lokalen Gesetze zu erreichen und Nestlé dazu zu bringen, auch in Afrika ungesüßten Babybrei zu verkaufen.
- Wir werden uns für eine Revision des Codex Alimentarius der UNO einsetzen, der bei Babynahrung bis zu 30 % zugesetzten Zucker erlaubt.

Einkommen für den Kauf dieser Produkte ausgeben, weil sie glauben, ihren Kindern damit das Beste zu bieten. Doch der gesundheitlichen Risiken sind sie sich nicht bewusst.

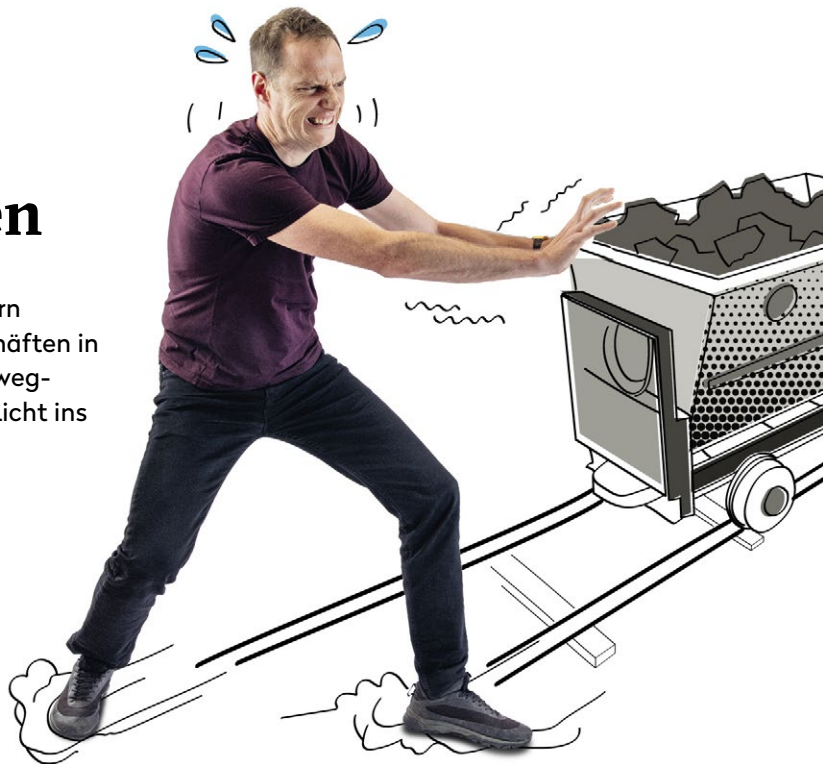
20 Organisationen der Zivilgesellschaft, mit denen wir zusammengearbeitet haben, haben Nestlé in einem offenen Brief dazu aufgefordert, auf den Zusatz von Zucker in der Babynahrung zu verzichten: «Alle Babys haben das Recht auf eine gesunde Ernährung, unabhängig von ihrer Nationalität oder Hautfarbe. Tun Sie das Richtige. Nicht morgen. Nicht nächstes Jahr. Heute. Die Welt schaut auf Sie.» ■

Licht in die Blackbox Rohstoffhandel bringen

Obwohl die Justiz auch 2025 über einen Rohstoffkonzern urteilen musste, hat es die Branche mit dubiosen Geschäften in der Schweiz weiterhin leicht. Weil der Bundesrat lieber wegschaut, als zu regulieren, bringen wir auch dieses Jahr Licht ins Dunkel der globalen Geschäfte der Rohstoffkonzerne.

Woher stammen eigentlich die Rohstoffe, die in der Schweiz gehandelt werden? Public Eye fordert von der Bundesverwaltung seit mehr als einem Jahrzehnt eine Antwort auf diese Frage. Die Intransparenz des Rohstoffgeschäfts der Schweiz bleibt ein erdrückendes Problem: Auch 2025 lieferte der Bundesrat auf die Frage keine Antwort – obwohl er sogar eine neue Statistik zum Skandalsektor eingeführt hat.

Weil wir es kaum mehr ertragen konnten, machten wir uns selbst an die Arbeit. Auf einer interaktiven Weltkarte präsentierten wir online den ersten umfassenden Überblick über die Minen der Schweizer Rohstoffkonzerne. Ob Kohle aus Kolumbien, Kobalt aus dem Kongo oder Kalk-



stein aus Kasachstan – auf der metergenauen Karte kann nun auch die Bundesverwaltung erkunden, woher die Metalle und Mineralien stammen, die hierzulande gehandelt werden. Obwohl wir dem Bundesrat gerne auf die Sprünge geholfen haben, wären wir froh, er würde den Sektor zukünftig selbst überwachen!



Bedarf gibt es nämlich weiterhin auf allen Ebenen. Anfang Jahr hat das Bundesstrafgericht den Genfer Händler Trafigura wegen korrupter Erdölgeschäfte in Angola erstinstanzlich verurteilt. Im Text zu Korruption auf Seite 8 erklären wir, weshalb auch ein solches Urteil nicht unbedingt Gerechtigkeit schafft. Das Thema bewegt: Unsere Ausstellung «Wenn Rohstoffhändler erwischt werden» stiess in sechs Schweizer Städten auf grosses Interesse.

Bundesrat schaut weg

Auch bei der Umsetzung der Rohstoffsanktionen gegen Russland wurde Public Eye enttäuscht. In den vier Jahren seit der Invasion der Ukraine haben wir uns mit zahlreichen Recherchen bei Verwaltung und Parlament dafür eingesetzt, dass diese Massnahmen strikt umgesetzt werden. Doch ein 40-seitiger Bericht des Bundesrats zum Thema machte vor allem eines klar: Gerade bei den Rohstoffhändlern schaut er weiterhin zu wenig genau

hin. Stattdessen hat sich die Bundespräsidentin artig bei ihnen bedankt – für überhohe Steuereinnahmen wegen Krisenprofiten.

Riskante Innovationen

Die stets innovative Branche hielt uns auch mit neuen Geschäftsmodellen auf Trab. So ist die Genfer Mercuria in den Wald- und Klimaschutz eingestiegen und hat in Brasilien einen Deal mit einem Bundesstaat abgeschlossen. Das Geschäft ist für den Konzern nicht nur höchst vorteilhaft – er hat sich einen geheimen Sonderrabatt gesichert –, es sind auch die Landrechte gefährdet. Deswegen bekämpfen die lokalen Gemeinschaften die Pläne und sind an die Strafverfolgungsbehörden gelangt. Das ist nur ein Beispiel aus dem immer länger werdenden Produktkatalog der hiesigen Händler.

Mit der letztjährigen Rekordsammlung zur neuen Konzernverantwortungsinitiative wird klar, dass auch die Bevölkerung Handlungsbedarf sieht. Die Forderungen der Initiative bieten eine wichtige gesetzliche Grundlage zur Regulierung des Hochrisikosektors Rohstoffhandel. Neben unserer langjährigen Forderung für die Einführung einer Rohstoffmarktaufsicht bilden sie auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Fundament für unseren Kampf gegen die enormen Risiken dieses Geschäfts. ■

Ausblick

- Die Schweiz ist Dreh- und Angelpunkt für den Handel mit Erdöl, Kohle, Kaffee und Zucker. Dieses Jahr widmet sich Public Eye einem weiteren Rohstoff, dessen globale Geschäfte in der Alpenrepublik orchestriert werden. Welcher damit gemeint ist, verraten wir natürlich erst, wenn es so weit ist.
- Mit neuen Recherchen, treffenden Analysen und zielgerichteter Lobbyarbeit werden wir auch in diesem Jahr den Druck auf die politischen Entscheidungsträger*innen erhöhen, eine Regulierung des Rohstoffsektors in der Schweiz voranzutreiben.
- In den anstehenden Debatten um die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) wird auch der Rohstoffsektor eine zentrale Rolle spielen. Profite zulasten von Menschen und Umwelt sind untrennbar mit diesem Geschäftsmodell verbunden, das mit der neuen KVI endlich reguliert werden muss.

Regierungen als Komplizen und Geiseln der Pharma

Zwei neue Recherchen veranschaulichen die Allmacht der Pharmakonzerne sowie den mangelnden Einsatz unserer Behörden bei der Wahrung des öffentlichen Interesses. Der Machtkampf um die Senkung der Preise für patentierte Medikamente in den USA wird zur Farce – und könnte sich gegen die Schweiz und Europa wenden.

Um die hohen Preise aufrechtzuerhalten, meldet die Pharmaindustrie immer mehr Patente an – und das auf Kosten der Budgets für die öffentliche Gesundheit. Der zweite Teil unserer Reihe über missbräuchliche Patente hat aufgezeigt, wie Roche es schafft, sein Monopol auf Herceptin und drei davon abgeleitete Brustkrebsmedikamente zu verlängern, die für viele Betroffene lebenswichtig sind.





27 Jahre nach der Markteinführung von Herceptin behindern noch immer rund 100 Patente den Zugang zu erschwinglicheren Generika. Diese Strategie hat es dem Basler Konzern bereits ermöglicht, einen Umsatz von über

158 Milliarden Franken zu erzielen und ein Monopol von fast 50 Jahren auf diese Medikamente anzustreben, die einen wichtigen Teil seines Umsatzes ausmachen. Das ist weit mehr als das Doppelte der im internationalen Recht vorgesehenen 20 Jahre. Anstatt echte therapeutische Fortschritte zu ermöglichen, dienen die angehäuften (Sekundär-)Patente Roche vor allem als starker Hebel, um überhöhte Preise auf Kosten von Patient*innen und dem öffentlichen Gesundheitswesen durchzusetzen.

Um die Erteilung ungerechtfertigter Patente zu verhindern, muss sich die Schweiz als Mitglied des Europäischen Patentübereinkommens unbedingt für eine Verschärfung der Patentierbarkeitskriterien und der Prüfung von Patentanmeldungen einsetzen.

Regulierungsbehörden unter Einfluss der Pharma?

Eine weitere Pionierrecherche hat das Ausmass der Seitenwechsel von Mitarbeitenden zwischen der Pharmaindustrie und den Regulierungsbehörden Swissmedic und Bundesamt für Gesundheit (BAG) aufgezeigt. Dieses auch als «Revolving Door» bekannte Phänomen erhöht das Risiko, dass Unternehmen Einfluss auf die Arzneimittelpolitik nehmen.

Wir haben 284 Fälle identifiziert, die für eine systemische Nähe zwischen der Pharmaindustrie und der

Verwaltung stehen. Die Arzneimittelregulierung ist besonders exponiert. Bei Swissmedic betrifft mehr als die Hälfte der erfassten Fälle die Marktzulassung, eine für die Branche entscheidende Phase, da sie Voraussetzung für die Vermarktung und damit die ersten Einnahmen ist. Auch in anderen sensiblen Bereichen wie klinischen Studien oder der Preisfestsetzung sind erhebliche Raten von Seitenwechseln zu verzeichnen.

Diese Durchlässigkeit auf allen Hierarchieebenen kann zwar den Wissenstransfer begünstigen, weckt jedoch Bedenken zum Umgang der Behörden mit der Gefahr von Korruption und Interessenkonflikten. Der rechtliche Rahmen in der Schweiz weist nach wie vor Lücken auf, und die fehlende Transparenz untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung.

Public Eye plädiert für eine Verschärfung der Regeln und fordert insbesondere eine Karenzfrist von mindestens 12 Monaten, ihre Anwendung auf mehr Funktionen sowie mehr Transparenz, um eine echte demokratische Kontrolle zu gewährleisten. Da 80 % des Budgets von Swissmedic aus der Pharmaindustrie stammen, verstärken die Seitenwechsel das Ineinandergreifen von staatlicher Regulierung und privaten Interessen. Um die Unabhängigkeit der Gesundheitsbehörden zu wahren, braucht es strengere Bestimmungen. ■

Ausblick

- Im Jahr 2026 werden wir unsere Reihe über missbräuchliche Monopole und andere wettbewerbswidrige Praktiken fortsetzen. Insbesondere Schweizer Pharmariesen sichern sich auf Kosten der Patient*innen und Sozialversicherungen im In- und Ausland unverschämte Margen.
- Nach der 2025 verabschiedeten Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) werden wir ihre Auswirkungen auf die Festlegung der Medikamentenpreise und die Gewährung geheimer Rabatte genau beobachten. Dies nicht zuletzt, weil die Branche als Reaktion auf einen (Pseudo-)Preisrückgang in den USA damit droht, ihre Margen in Europa und der Schweiz weiter zu erhöhen.
- Wir werden uns weiterhin für mehr Regulierung und Transparenz einsetzen, sei es in Bezug auf die Beziehungen der Pharmaindustrie zum Parlament und zur Verwaltung, die tatsächlichen Forschungs- und Entwicklungskosten oder die weiter zunehmende Finanzialisierung von Big Pharma zum Nachteil des öffentlichen Interesses.

Toxische Doppelmoral

Trotz der Versprechen der Behörden exportieren die Schweiz und die Europäische Union weiterhin Pestizide, die auf eigenem Boden verboten sind. Public Eye setzt sich dafür ein, diesem giftigen Handel ein Ende zu setzen, der in Ländern mit geringerem Einkommen der Bevölkerung und der Umwelt schadet.

Im September 2025 veröffentlichten wir eine neue Untersuchung, aus der hervorgeht, dass die Ausfuhr verbotener Pestizide aus der Europäischen Union (EU) in den letzten Jahren explosionsartig angestiegen ist. Dabei hatte die Kommission zugesichert, diese Exporte zu stoppen.

Exklusive Daten zeigen, dass die EU 2024 fast 122 000 Tonnen dieser Stoffe ins Ausland verschickt hat. Das sind 50 % mehr als 2018. Unter Berücksichtigung des Brexits – also ohne das Vereinigte Königreich, damals grösster Exporteur – haben sich die Exporte in den sechs Jahren mehr als verdoppelt. Sie gehen überwiegend in Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, in denen die gesundheitlichen und ökologischen Risiken höher sind als hierzulande. Die Basler Syngenta gehört zu den wichtigsten Anbietern dieser Produkte, die in

der europäischen Landwirtschaft verboten sind. Im Anschluss an eine frühere Untersuchung von Public Eye, die das Ausmass des Skandals um verbotene europäische Pestizide aufgedeckt hatte, hatte sich die Kommission im Oktober 2020 eigentlich verpflichtet, «mit gutem Beispiel voranzugehen» und dieser Praxis ein Ende zu setzen. Weil die Agrochemielobby massiv Druck macht, kommt der Prozess jedoch nur schleppend voran. Mit der Rückkehr von Donald Trump ins Weisse Haus und dem Sieg des rechten Blocks bei den letzten Europawahlen werden die Forderungen nach einer Deregulierung





immer lauter, sodass diese wichtige Reform gefährdet ist.

Mit seiner neuen Untersuchung will Public Eye die EU dazu bewegen, ihr Versprechen einzuhalten. Im Dezember hat Public Eye im Rahmen einer Aktion «Zurück an den Absender» gemeinsam

Ausblick

- 2026 werden wir uns weiterhin für ein EU-weites Exportverbot für verbotene Pestizide und für eine Verschärfung der Schweizer Gesetzgebung einsetzen.
- Wir werden das äusserst schädliche Geschäftsmodell der Agrochemiekonzerne und dessen verheerende Folgen in Ländern mit geringerem Einkommen aufzeigen.
- Wir werden weiterhin Bäuerinnen und Bauern sowie Landarbeiter*innen, die durch Pestizide von Syngenta vergiftet wurden, in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Entschädigung vor Gericht unterstützen.

mit anderen Organisationen der Kommission in Brüssel 75 Kartons übergeben, die ebenso viele verbotene, aber weiterhin exportierte Produkte symbolisieren.

Die Schweiz steht der EU in nichts nach: Sie exportiert verbotene Pestizide völlig undurchsichtig. 2020 hat der Bundesrat zwar beschlossen, die Gesetzgebung zu verschärfen, aber die Liste der regulierten Stoffe wurde seitdem nicht aktualisiert. Deshalb entziehen sich Dutzende kürzlich verbotene Pestizide jeglicher Kontrolle. ■

Widerstand gegen Freihandel für Konzerne

Public Eye kann und will keine Luxusgeschenke machen, ganz im Gegensatz zu gewissen Unternehmen. Damit die Konzernbosse die Handelspolitik nicht komplett an sich reissen, setzen wir uns in diesen stürmischen Zeiten für demokratische Grundsätze ein. Kein Freihandel ohne Garantie von Menschenrechten und Umweltschutz!

Handelspolitik ist Machtpolitik. Nur waren die konzernfreundlichen Spielregeln lange in Fussnoten und Klauseln von bücherlangen Vertragswerken versteckt. Was Public Eye seit Jahrzehnten analysiert, wurde letztes Jahr auf einen Schlag einer breiten Öffentlichkeit bewusst: Länder können mit Zöllen abgestraft werden und Konzernchefs sich unter den Augen einer bass erstaunten Öffentlichkeit mit Golduhren Vorteile erhaschen. Echt jetzt? Bei den Deals zur Absicherung der Konzernprofite sind Menschen und Natur offensichtlich kaum mehr eine Fussnote wert.

Der Kalender der Schweizer Handelsdiplomat*innen war 2025 Jahr eng getaktet. Mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay schloss die Schweiz ein höchst umstrittenes Freihandelsabkom-

men ab. Public Eye und zahlreiche andere Nichtregierungsorganisationen weisen Behörden und Politik seit Jahren auf die Risiken hin. Es geht um schädliche Zollerleichterungen für die Agrarindustrie, um Druck auf den Regenwald und um einen mangelhaften Schutz der Rechte von indigenen Gemeinschaften. Ähnlich das ebenfalls neue Abkommen mit Malaysia: Es birgt in Sachen Palmöl dieselben Gefahren wie das Abkommen mit Indonesien, das vor fünf Jahren nur knapp eine Referendumsabstimmung überlebt hat.

Daneben hat der Bundesrat Verhandlungen zu einer Erneuerung des Handelsabkommens mit China weiter



vorangetrieben. Auch wegen der gleichzeitigen Zollverhandlungen mit den USA blieben viele Informationen unter Verschluss. Jedoch deutet alles darauf hin, dass die Menschenrechte für den Bundesrat dabei keine Priorität haben. Sollte sich dies bestätigen, werden wir uns bereit machen für eine Referendumskampagne.

Mit Sorge haben wir auch im letzten Jahr beobachtet, wie wegweisende handelspolitische Entscheide ohne

Ausblick

- Die umstrittenen Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und mit Malaysia müssen sich einer ernsthaften Prüfung im Parlament stellen. Public Eye wird sich in die Debatte einbringen.
- Daneben wird die Schweiz mit China und den USA weiterverhandeln. Sie muss dabei die Menschenrechte und hohe Standards wahren. Public Eye wird die Verwaltung und das Parlament bei jeder Möglichkeit mit Nachdruck auf eine gerechte Aussenwirtschaftspolitik beharren.
- Wir werden uns weiterhin für ein Aussenwirtschaftsgesetz einsetzen, das nicht die veraltete Freihandelsdoktrin zementiert, sondern eine zukunftsgerichtete Politik ermöglicht.

breite Debatte und auf Geheiss von Konzernchefs gefällt wurden. Der Bundesrat hat in einem Bericht sogar behauptet, dass Grundsätze zu Menschenrechten und Umwelt der Schweiz schaden würden. Auch wegen dieses Irrglaubens rückte eine zukunftsgerichtete Aussenwirtschaftspolitik weiter in die Ferne. ■



Zeit für echte Konzernverantwortung

Die neue Konzernverantwortungsinitiative hat einen historischen Start hingelegt. Während die EU nun definitiv verbindliche Pflichten für Unternehmen festschreibt, ist die Schweiz gefordert: Konzerne wie Glencore und Syngenta sollen für Menschenrechts- und Umweltverstösse geradestehen.

Im Januar 2025 wurde die neue Konzernverantwortungsinitiative mit einem Sammelrekord lanciert: Innerhalb von nur 14 Tagen kamen über 183 000 Unterschriften zusammen. Mehrere Tausend Freiwillige organisierten bei eisiger Kälte Aktionen, um die erforderlichen Unterschriftenzahl möglichst rasch zu erreichen. Nach der Beglaubigung der Unterschriften reichten wir zusammen mit den anderen Initianten die Initiative mit insgesamt 287 164 Unterschriften am 27. Mai 2025 bei der Bundeskanzlei ein. Am 3. September gab der Bundesrat bekannt, dass er einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative erarbeiten will.

Wer von Vorteilen profitiert, trägt auch eine Verantwortung. So die Theorie. Doch die Realität ist oft komplexer. Grosskonzerne erwirtschaften immense Gewinne und üben beträchtlichen Einfluss aus. Dabei kommt es immer wieder zur Ausbeutung von Menschen und zu

Umweltverschmutzung. In der Schweiz zielt die neue Konzernverantwortungsinitiative darauf ab, diese Missstände zu beheben. Inwiefern verbessert das die Lage von betroffenen Individuen? Wie genau funktioniert diese Initiative? Und welche Chancen hat sie bei der Volksabstimmung? In drei Spezialfolgen des Podcasts «Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» haben wir 2025 alle wesentlichen Informationen zur neuen Initiative zusammengetragen.

Neue Richtlinie der EU finalisiert

Auch in der EU ist im vergangenen Jahr viel passiert. Die im Jahr 2024 verabschiedete EU-Konzernverantwortungsrichtlinie wurde im sogenannten Omnibus-1-Paket auf EU-Ebene erneut verhandelt. Nachdem der Ministerrat und das Parlament im Verlauf des Jahres ihre Positionen zum Kommissionsentwurf vom Feb-

ruar 2025 definiert hatten, wurde die überarbeitete EU-Richtlinie Ende 2025 finalisiert.

Zwar gab es schmerzliche Abstriche. So sind beispielsweise neu nur noch sehr grosse Konzerne mit über 5000 Mitarbeitenden und über 1,5 Milliarden Euro Umsatz betroffen. Würde die Schweiz diese Schwellenwerte übernehmen, müssten zahlreiche Rohstoffkonzerne, die in problematische Geschäfte verwickelt sind, die neuen Regeln nicht einhalten. Doch im Vergleich zum heute geltenden Recht ist die Richtlinie immer noch eine deutliche Verbesserung, weil sie Grosskonzerne erstmals verbindlich in die Pflicht nimmt, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten, und weil sie für Verstösse geradestehen müssen.

Die Schweiz muss deshalb jetzt rasch nachziehen: Glencore, Nestlé, Syngenta und Co. müssen endlich zur Ver-

antwortung gezogen werden, wenn ihre Minen ganze Landstriche zerstören, sie von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen profitieren oder Bäuerinnen sich an ihren hochgefährlichen Pestiziden vergiften. Und sie muss als globaler





Rohstoffhandelsplatz bei diesem Hochrisikosektor genau hinschauen, da aufgrund der höheren Schwellenwerte Goldraffinerien wie Valcambi oder Metalor, der Agrarkonzern Socfin oder der Rohstoffhändler IXM trotz grosser Probleme ungerechtfertigterweise nicht erfasst wären. ■

Ausblick

- Angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und der Umweltverschmutzungen in globalen Wertschöpfungsketten werden wir uns auch 2026 für eine griffige Konzernregulierung in der Schweiz einsetzen. Dazu recherchieren und veröffentlichen wir Missstände bei Schweizer Konzernen im Rohstoffsektor, im Agrarhandel, in der Textil- oder der Chemiebranche.
- Der Bundesrat hat angekündigt, im Frühjahr 2026 die Vernehmlassung über einen Gegenvorschlag zur neuen Konzernverantwortungsinitiative zu eröffnen. Wir werden uns daran beteiligen. Um zu verhindern, dass schon wieder ein Alibi-gegenvorschlag verabschiedet wird, müssen wir sicherstellen, dass die Zivilgesellschaft in der Vernehmlassung grösstmögliche Sichtbarkeit erreicht.



Unser Kampf gegen Slapps

Einschüchterungsklagen nehmen in der Schweiz und weltweit zu. Public Eye setzt sich weiterhin für die Verteidigung der Medienfreiheit und der Demokratie ein.

Einschüchterungsklagen oder Slapps (kurz für «Strategic Lawsuit Against Public Participation», in Anlehnung an das Wort «slap», Englisch für Schlag) sind missbräuchliche Gerichtsverfahren, die darauf abzielen, die Veröffentlichung von Informationen von öffentlichem Interesse zu verhindern. Sie untergraben die Aufgabe der Presse, die eine Säule der informierten Demokratie ist.

Um mit Gleichgesinnten dagegen anzukämpfen, hat Public Eye 2023 die Schweizer Allianz gegen Slapp mitgegründet. Angesichts des mangelnden Bewusstseins hält es die Allianz für notwendig, die Öffentlichkeit und

die betroffenen Kreise zu sensibilisieren. Anfang 2025 organisierte sie eine Tagung in Bern zu den rechtlichen Herausforderungen und möglichen Lösungsansätzen im Umgang mit Slapp-Klagen. Um die junge Generation zu mobilisieren, widmete Public Eye anlässlich der Menschenrechtswoche der Universität Genf im November zudem eine Podiumsdiskussion den Einschränkungen der Pressefreiheit.

Im Jahr 2025 war Public Eye selbst Gegenstand zahlreicher gerichtlicher Drohungen und Verfahren, die darauf abzielten, seine Veröffentlichungen zu zensieren oder anzupassen. Public Eye hat sich vor Gericht und aussergerichtlich energisch dagegen gewehrt. Wir sind mehr denn je entschlossen, die Pressefreiheit zu verteidigen. ■

Die Regionalgruppen bewegen viel

Ob durch kreative Aktionen oder kontinuierliche Sensibilisierung vor Ort – unsere zehn Regionalgruppen (Regrus) haben 2025 landesweit gezeigt, wie stark freiwilliges Engagement wirkt. Sie machten die Themen von Public Eye für viele Menschen zugänglich.

Im Januar 2025 sammelten die ehrenamtlich Tätigen der Regrus engagiert Unterschriften für die neue Konzernverantwortungsinitiative. Mit symbolischen Kleiderbergen und Infoständen trugen sie über den Sommer die Kampagne für den Schweizer Modelfonds auf die Strassen. Ende Jahr sensibilisierten die Freiwilligen die Öffentlichkeit mit Aktionen für die Kampagne «Kein Profit aus Korruption». Begleitend zur Ausstellung des Künstlers Kalonji organisierten die Regrus Basel, Bern, Luzern und Winterthur über das Jahr zudem Podien, Tanzperformances und Vorträge zum Rohstoffhandel.





2025 engagierten sich unsere Regrus auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit: Die Regru Aargau diskutierte an einem Podium über globalen Kaffeehandel und seine Herausforderungen. Die Regru Basel war an Flohmärkten und Abstimmungssonntagen präsent und bildete sich zu Themen wie Fast Fashion und Flusskreuzfahrten weiter. An der Messe BEA beteiligte sich die Regru Bern mit dem Workshop «Wohär chöme dini Chleider?», inklusive Waschmaschinenspiel und Kleidertausch. Mit Filmabenden und Podiumsgesprächen zu Themen wie Konzernverantwortung und Ressourcenschutz regte die Regru Ostschweiz zum Nachdenken und Handeln an. Die beliebten Kaffeestadtführungen der Regru Winterthur wurden durch ein Podiumsgespräch zum Kaffeeland Schweiz ergänzt. Die Regru Zentralschweiz lud zu Diskussions- und Barabenden ein, um über verantwortungsvollen Kaffee, Konzernverantwortung und globale Gerechtigkeit zu diskutieren. Und die Regru Zürich machte Saatgutvielfalt, nachhaltige Mode und Probleme des Finanzplatzes erlebbar – mit einer Ausstellung, einer Slow Fashion Tour und den beliebten Stadtrundgängen.

Wir danken allen Regru-Mitgliedern herzlich für ihr kontinuierliches, vielfältiges Engagement und für ihren kreativen Einsatz für Public Eye! ■

Freiwilligenarbeit bei Public Eye in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	49	3 927
Vorstand	9	1 180
Regionalgruppen	194	6 485
Total	252	11 592

Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige*r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Annuscha Wassmann-Tomura)

Kontakt Suisse romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Aline von Mühlenen)

Infos: publiceye.ch/regionalgruppen

Eine Auswahl früherer Regru-Aktivitäten finden Sie hier:
publiceye.ch/events



Freiwillige sind auch in Schulen aktiv

20 Freiwillige gestalten in Deutschschweizer Schulen abwechslungsreiche Workshops, ebenso viele tun es in der französischen Schweiz. Sie vermitteln, was fairer Handel und nachhaltiger Konsum bedeuten, und stärken das Bewusstsein der Schüler*innen für globale Gerechtigkeit.

Im vergangenen Jahr fanden in der Deutschschweiz rund 30 halb- oder ganztägige Schulbesuche statt – die Hälfte davon zum Thema Fast Fashion. Das Echo aus den Schulen ist positiv. Die Schüler*innen und Lehrpersonen schätzen die Einblicke in globale Zusammenhänge, die praxisnahen Methoden und den direkten Austausch mit engagierten Freiwilligen. Unseren langjährigen Schulbesucher*innen gebührt grosse Anerkennung für ihren Einsatz. Das in den letzten Monaten geschrumpfte Team freut sich über neue – insbesondere jüngere – Freiwillige, die frische Impulse einbringen.

2025 suchte die Schulbesuchskoordination verstärkt den Austausch mit anderen Nichtregierungsorganisationen zur Weiterentwicklung der Schulbesuchspraxis. Daraus entstand eine Kooperation mit Biovision zum Thema «Kritischer Konsum am Beispiel Schokolade». Seit September 2025 bringen die Freiwilligen das neue Modul in die Klassenzimmer – mit sehr guter Resonanz. ■



Das Schulbesuchsteam am Jahrestreffen im November 2025 in Zürich.

Mitmachen im Schulbesuchsteam?

Haben Sie Freude an der Arbeit mit Jugendlichen und Interesse an globalen Themen? Werden Sie Teil unseres Teams!

Pädagogische Vorkenntnisse sind hilfreich, aber nicht nötig. Rund vier Einsätze pro Jahr erwarten Sie.

Kontakt: schulbesuch@publiceye.ch



Gleich zwei Premieren für den Podcast von Public Eye

Unser Podcast «Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» ist auch im vierten Lebensjahr kein bisschen müde und wagt sich mutig an neue Formate.

Wenn unsere Podcasts nach 20 Minuten aufhören, geht es uns im Studio oft ähnlich wie manch einer Hörerin: Wir wollen mehr! Letztes Jahr haben wir uns deshalb an ein neues Format gewagt. Gleich in drei Spezialfolgen in doppelter Länge taucht unser Moderator Nico Meier tief in ein übergeordnetes Thema ein.

Im «Podcast zur Konzernverantwortung» kommen Politiker*innen, Befürworter*innen, Gegner*innen, Unternehmer*innen, Politolog*innen, Freiwillige und Betroffene zu Wort. Die aufwendige Audioproduktion trifft offenbar einen Nerv: Es sind die meistgehörten Episoden des ganzen Jahres und sowohl für Einsteiger*innen ohne Vorwissen als auch für Unterstützer*innen der Konzernverantwortungsinitiative der ersten Stunde geeignet. Die erste Premiere.

Die zweite: Ende November haben wir in Zusammenarbeit mit der Koalition für Konzernverantwortung zu unserem allerersten Live-Podcast im Kulturzentrum Progr in Bern eingeladen. Zum ersten Mal konnten wir unser Podcast-Publikum direkt treffen, und dieses konnte uns bei der Produktion über die Schultern schauen. Das grosse Interesse hat uns gefreut: Im Saal zählten wir 150 Menschen.

«Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» erscheint weiterhin alle zwei bis drei Wochen. ■

Abonnieren Sie unseren Podcast:
publiceye.ch/podcast

Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen. 2025 wurde die Struktur der Grösse der Organisation angepasst.

Public Eye ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Aus diesem Grund haben wir 2023 einen Change-Prozess lanciert, in dem auch die Organisationsstruktur analysiert wurde. 2025 haben wir dann die neue Struktur operativ umgesetzt: Neu führt eine Co-Geschäftsleitung aus 2 Personen die gesamte Organisation gemeinsam. Statt 3 Abteilungen gibt es nun 5 Teams (siehe Organigramm). Es freut uns, dass wir alle Teamleitungsstellen intern besetzen konnten. So profitieren wir vom vorhandenen Know-how und stärken die Kontinuität der Organisation.

Ein starkes Team

Per Ende 2025 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 37 fest angestellte Personen (alle Teilzeit). Hinzu kommen 5 befristet Angestellte sowie 4 Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41). Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein mit der Gewerkschaft VPOD erarbeiteter Gesamtarbeitsvertrag. Eine

Personalkommission vertritt die Interessen des Gesamteams gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand.

Ein engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die 9 Vorstandsmitglieder (siehe Seite 38) sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. 2025 hielt der Vorstand 7 ordentliche Sitzungen ab. Insgesamt engagierte er sich während 1180 Stunden ehrenamtlich.

Generalversammlung

An der Generalversammlung vom 24. Mai 2025 in Bern konnten wir 150 Mitglieder begrüssen. Im Zentrum der Veranstaltung standen die Präsentation und Abnahme der Jahresrechnung sowie der Tätigkeitsbericht. Im Vorstand gab es einige Veränderungen: Zineb Benkhelifa trat nach 10-jähriger Tätigkeit zurück, Claudia Frick tat dies nach 9 Jahren, Thomas König nach 7 Jahren. ■

Organigramm



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder und Spender*innen im Tessin betreuen. Zehn Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. ■

Vorstand

Co-Präsidium

- › **Aline Gavillet**, Bachelor in Sozialarbeit, Master in Sozialwissenschaften; Sozialarbeiterin in einer Kantonsschule. Im Vorstand seit 2020, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsidentin seit 2024.
- › **Fred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsident seit 2022.

Vizepräsidium

- › **Alessia Jemetta**, Ausbildung in Pflegewissenschaft, Pflegefachfrau für psychische Gesundheit in Bern. Im Vorstand seit 2018, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Weitere Vorstandsmitglieder

- › **Sarah Burgess**, Rechtsanwältin, MLaw, Juristin im EDA. Im Vorstand seit 2023, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- › **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I, Management Non-Profit-Bereich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied der Finanzkommission.
- › **Fabrice Lauper**, Master in Physik, Technologieberater beim IKRK. Im Vorstand seit 2023.

- › **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer in Zürich, Menschenrechtsaktivist. Im Vorstand seit 2020.
- › **Philipp Meyer**, Elektroingenieur BFH, Unternehmensentwickler bei SBB Energie. Im Vorstand seit 2023, Mitglied der Finanzkommission.
- › **Jan Tschannen**, MAS Entwicklung und Zusammenarbeit sowie Theologe. Programmverantwortlicher östliches Afrika einer Förderstiftung und Pfarrer in Büren an der Aare. Im Vorstand seit 2023.

Austritte 2025

- › **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I (Islamwissenschaft), Beauftragte der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich. Im Vorstand seit 2015.
- › **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud. Im Vorstand seit 2016.
- › **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.

Wir bedanken uns herzlich für die Arbeit und das Engagement!



© Martin Bichsel

Von links nach rechts: Aline Gavillet, Fred Sommer, Beata Hochstrasser, Fabrice Lauper, Sarah Burgess, Jan Tschannen, Philipp Meyer, Yann Lenggenhager.
(Es fehlt Alessia Jemetta.)

Team

Stand 31.12.2025

GESCHÄFTSLEITUNG (180 Stellenprozente)

- **Ursula Baumgartner**, Co-Geschäftsleiterin (ZH)
- **Simon Berthoud**, Co-Geschäftsleiter (LS)

STAB GESCHÄFTSLEITUNG (70 Stellenprozente)

- **Barbara Bommer**, People & Culture Expert (ZH)*
- **Nina Karl**, Organisations- und Projektmanagement (ZH)

RECHERCHE & ADVOCACY (1200 Stellenprozente)

- **Carla Hoinkes**, Co-Teamleiterin (ZH)
- **Silvie Lang**, Co-Teamleiterin (ZH)
- **Manuel Abebe**, Rohstoffe und Handelspolitik (ZH)
- **Mouna Algelly**, Legal Advisor Rohstoffe und Finanzen (LS)
- **Robert Bachmann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- **Florian Blumer**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- **Adrià Budry Carbó**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- **Anina Dalbert**, Legal Advisor Wirtschaft und Menschenrechte (ZH)
- **Britta Delmas**, Financial Analyst Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- **Agathe Duparc**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- **Christian Eckerlein**, Gerechte Wertschöpfungsketten und Mode (ZH)*
- **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- **David Hachfeld**, Gerechte Wertschöpfungsketten und Mode (ZH)

- **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- **Elisabeth Schenk**, Gerechte Wertschöpfungsketten und Mode (ZH)

ENGAGEMENT (620 Stellenprozente)

- **Roman Bolliger**, Teamleiter (ZH)
- **Luca Karrer**, Admin-Assistenz Freiwilligenarbeit (ZH)*
- **Sibylle Müller**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- **Silvia Ramseier**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- **Sasha Roderer**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- **Danielle Schoenenberger**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- **Aline von Mühlennen**, Koordination Freiwilligenarbeit und Fundraising (LS)
- **Anuscha Wassmann-Tomura**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- **Anita Weber**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)

MEDIEN & PUBLIKATIONEN (390 Stellenprozente)

- **Géraldine Viret**, Teamleiterin und Mediensprecherin (LS)
- **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- **Antoine Panchaud**, Übersetzung und Redigat (LS)
- **Karine Pfenniger**, Magazin und Publikationen (LS)
- **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)

ONLINE (360 Stellenprozente)

- › **Kaya Pawlowska**, Teamleiterin (LS)
- › **Kim Bollag**, Social Media & Web (ZH)*
- › **Héloïse Détraz**, Social Media (LS)*
- › **Daphne Grossrieder**, Podcast und audiovisuelle Kommunikation (ZH)
- › **Rebekka Köppel**, Web und Kampagnen (ZH)

Fotokonzert**Public Eye mittendrin**

Auch im Jahr 2025 haben die Mitarbeitenden von Public Eye viel Engagement und Herzblut in ihre Arbeit gesteckt. Symbolisch zeigen wir deshalb in diesem Jahresbericht, wie sich die Mitarbeitenden mit unseren Themen auseinandersetzen. Jede Szene gibt ein Dossier wieder, mit dem wir uns beschäftigt haben.

Die Mitarbeitenden wurden von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter fotografiert. Sie hat auch die Illustrationen im Comicstil realisiert.

Leider konnten die Teammitglieder Adrià Budry Carbó, Laurent Gaberell und Elisabeth Schenk nicht fotografiert werden.

ZENTRALE DIENSTE (220 Stellenprozente)

- › **Cornelia Celio**, Teamleiterin, Verantwortliche Rechnungswesen und Personaladministration (ZH)
- › **Lupe Esteves**, Sachbearbeitung, Buchhaltung und First Level Support IT (ZH)
- › **Sylvie Varone**, Personaladministration und First Level Support IT (LS)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- › **Mark Schmid** und **Eva Sutter** (ZH)
- › **Nathalie Portilla** und **Chantal Tièche** (LS)

AUSTRITTE 2025

- › **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- › **Jasmin Bärtschi**, Social Media, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Florian Duss**, Koordination Schulbesuche (ZH)
- › **Christian Engeli**, Teamleitung Engagement (ZH)
- › **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung Politik (ZH)
- › **Eva Mangl**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)*
- › **Angela Mattli**, Fachleitung Politik (ZH)
- › **Juliana Roza**, Assistenz Administration (LS)*

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, welche die Organisation im Jahr 2025 verlassen haben, von Herzen für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

* Befristete Stellen

Danke von ganzem Herzen

Seit bald 60 Jahren setzen sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit ein. Ihr Engagement und ihre Beharrlichkeit machen Public Eye zu einer starken Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft. Herzlichen Dank dafür!

Unsere 29 000 Mitglieder verleihen uns finanzielle Sicherheit sowie das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Gemeinsam mit zahlreichen grosszügigen Spender*innen schenken sie uns das wichtigste Element unserer Arbeit: Unabhängigkeit. Frei von

jeglicher Einflussnahme können wir Schwerpunkte setzen und unbequeme Themen aufgreifen.

Unsere tiefe Dankbarkeit geht zudem an folgende Stiftungen sowie weltlichen und kirchlichen Organisationen, die unsere Arbeit 2025 mit namhaften Beträgen unterstützt haben: Alfred Richterich Stiftung, Däster-Schild Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fondation Charles Léopold Mayer pour le Progrès humain, Fondation Salvia, Infomaniak, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern, Pfarrei St. Leodegar im Hof in Luzern, Provinzialat Schweizer Kapuziner, Stiftung Corymbo, Stiftung Temperatio, Verena und Jürg Nadig-Lüdy Stiftung sowie weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten.

Public Eye dankt allen Unterstützer*innen von Herzen für das entgegengebrachte Vertrauen! Auch 2026 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen. Wir hoffen, weiterhin auf Ihre Unterstützung zählen zu dürfen. ■

Testamentspenden

Besonders dankbar sind wir jenen Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt haben. Beiträge aus Nachlässen sichern langfristig unsere finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit.

Falls auch Sie sich vorstellen können, Public Eye im Testament zu berücksichtigen, unterstützen wir Sie gerne. Bitte melden Sie sich dafür bei Anita Weber: anita.weber@publiceye.ch

Weitere Informationen: publiceye.ch/testament

Jahresrechnung 2025

RECHNUNGSLEGUNG 2025 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Unser herzlicher Dank gilt allen Mitgliedern und Spender*innen: Durch ihre breite Unterstützung bewegen wir uns sowohl bei den Einnahmen der Mitgliederbeiträge als auch bei den Spenden praktisch auf Vorjahresniveau. Ein grosses Legat führt zu einem positiven Jahresergebnis von rund 600 000 Franken.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge liegt mit 2,17 Millionen Franken leicht höher als im Vorjahr. Die Spenden beliefen sich auf etwas über 3,11 Millionen Franken und liegen damit leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Nachlässe zugunsten von Public Eye machen beinahe 800 000 Franken aus. Diese markante Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf ein grosses Legat zurückzuführen. Die Projekterträge belaufen sich auf rund 870 000 Franken. Da einige Vakanzen nicht sofort besetzt wurden, konnte der Personalaufwand insgesamt trotz Ausbau der Leitungsfunktionen reduziert werden. Das Fondskapital, das hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen besteht, haben wir 2025 praktisch ausgeschöpft. Es weist per Ende Jahr einen Saldo von 11 250 Franken aus.

Gewinn ermöglicht Festigung der Kapitalbasis

Nach drei Jahren mit negativen Jahresergebnissen sind wir dankbar, das Jahr 2025 mit einem positiven Resultat abzuschliessen. Dies ist hauptsächlich auf die höheren Erträge durch Nachlässe und unsere Einsparungen zurückzuführen. Durch den Gewinn konnten wir unsere Kapitalbasis festigen. Unser Organisationskapital liegt dank des positiven Ergebnisses per Ende 2025 bei 4,1 Millionen Franken.

2025 ist es uns gelungen, sowohl bei den Sach- wie auch bei den Personalkosten Einsparungen zu erzielen. Dies ist jedoch nicht dauerhaft wiederholbar, da wir sowohl in unsere fachliche Arbeit wie auch in die Kommunikation investieren wollen, um unseren Auftrag wirksam zu erfüllen. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Umlaufvermögen					
Flüssige Mittel ¹	4 573 728	86	3 515 821	72	30
Wertschriften ¹	399 186	7	684 509	14	-42
Forderungen ²	164 946	3	420 650	9	-61
Vorräte	5 646	0	3 590	0	57
Aktive Rechnungsabgrenzung	32 036	1	55 831	1	-43
Total Umlaufvermögen	5 175 543	97	4 680 401	95	11
Anlagevermögen					
Finanzanlagen ³	39 361	1	28 826	1	37
Mietkaution	42 479	1	42 474	1	0
Sachanlagen und immaterielle Werte ⁴	88 236	2	162 936	3	-46
Total Anlagevermögen	170 077	3	234 236	5	-27
Total Aktiven	5 345 620	100	4 914 637	100	9
Passiven					
	CHF	%	CHF	%	%
Kurzfristiges Fremdkapital					
Verbindlichkeiten ⁵	117 803	2	170 403	3	-31
Kurzfristige Rückstellungen ⁶	103 500	2	113 600	2	-9
Kurzfristige Rückstellung Ferien und Überstunden	184 928	3	199 205	4	-7
Passive Rechnungsabgrenzung	79 482	1	93 783	2	-15
Total kurzfristiges Fremdkapital	485 713	9	576 991	12	-16
Langfristige Rückstellungen⁶	701 500	13	725 000	15	-3
Total Fondskapital⁷	11 250	0	67 155	1	-83
Total Fremdkapital und Fondskapital	1 198 463	22	1 369 146	28	-12
Organisationskapital					
Gebundenes Kapital	2 699 864	51	2 699 864	55	0
Freies Kapital	1 447 293	27	845 627	17	71
Total Organisationskapital	4 147 157	78	3 545 491	72	17
Total Passiven	5 345 620	100	4 914 637	100	9

Betriebsrechnung

Ertrag	2025		2024		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Spenden ⁸	3 108 945	45	3 119 322	47	0
Nachlässe ⁹	793 242	11	89 682	1	785
Mitgliederbeiträge ⁸	2 172 795	31	2 162 880	33	0
Projektertrag	872 413	13	1 195 497	18	-27
Übriger Ertrag	14 683	0	37 485	1	-61
Total Ertrag	6 962 078	100	6 604 866	100	5
Aufwand	2025		2024		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Projektaufwand					
Personalaufwand ¹⁰	-3 265 997	47	-3 681 115	56	-11
Sachaufwand	-1 126 014	16	-1 518 954	23	-26
Total Projektaufwand	-4 392 012	63	-5 200 069	79	-16
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand ¹⁰	-359 464	5	-384 302	6	-6
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung	-546 038	8	-426 885	6	28
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-905 501	13	-811 187	12	12
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand ¹⁰	-816 896	12	-778 565	12	5
Betriebsaufwand	-235 668	3	-288 281	4	-18
Total administrativer Aufwand	-1 052 564	15	-1 066 846	16	-1
Total Aufwand	-6 350 076	91	-7 078 101	107	-10
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	612 001	9	-473 236	-7	-229

	2025		2024		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Finanzerfolg¹¹	-66 241	-1	57 696	1	-215
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	545 760	8	-415 540	-6	-231
Veränderung zweckgebundene Fonds ¹²	55 905	1	-67 155	1	0
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	601 666	9	-482 696	-7	-225
Veränderung Organisationskapital					
Veränderung gebundenes Kapital	0	0	215 000	3	-100
Veränderung freies Kapital	-601 666	-9	267 696	4	-325
	0		0		0

Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

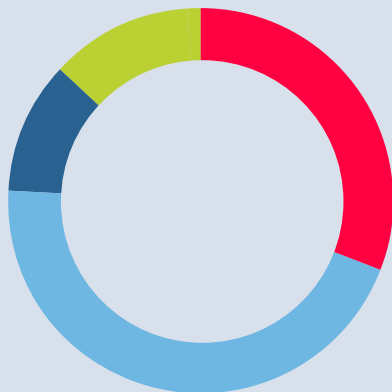
- 1 Die Zunahme der flüssigen Mittel ist vor allem auf das positive Ergebnis und den Verkauf von Wertschriften zurückzuführen.
- 2 Im Jahr 2025 wurden weitere Reserven auf Arbeitgeberbeiträgen bei der Pensionskasse abgebaut, was die Reduzierung dieser Position erklärt.
- 3 Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der bei uns im Fokus stehenden Firmen oder als Unterstützung von Firmen, die durch uns mitgegründet wurden.

- 4 Die Sachanlagen reduzierten sich infolge der jährlichen Abschreibungen.
- 5 Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- 6 Dies sind Rückstellungen für hängige Klagen.
- 7 Das Fondskapital setzt sich aus noch nicht verwendeten zweckgebundenen Spenden zusammen.
- 8 Die Spenden und Mitgliederbeiträge liegen auf Vorjahresniveau.
- 9 Im Jahr 2025 durften wir ausserordentlich hohe Erträge aus Nachlässen verzeichnen.
- 10 Der Personalaufwand hat sich reduziert, da wir Vakanzen nicht gleich neu besetzt haben.

- 11 Neben Bankspesen sind hier realisierte und nicht realisierte Finanzergebnisse und Wertberichtigungen auf Wertschriften enthalten.

- 12 An die zweckgebundenen Fonds wurden einerseits 586 000 Franken zugewiesen und andererseits 641 905 Franken entnommen, was zur aufgeführten Fondsveränderung geführt hat.

Ertrag



- 31 % Mitgliederbeiträge
- 45 % Spenden
- 11 % Nachlässe
- 13 % Projektertrag
- 0 % Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2025 zu 87 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Nachlässen. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen sowie weltlichen und kirchlichen Organisationen. Der übrige Ertrag stammte von Erlösen aus Honoraren und Projektdienstleistungen, machte aber weniger als 1 % aus.

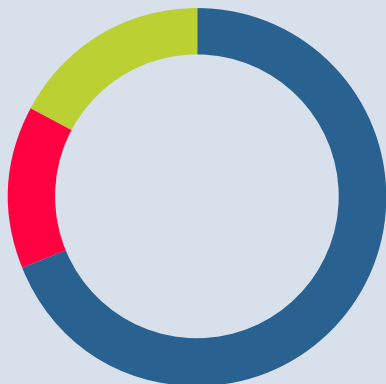
Mitgliederbeiträge, Spenden und Nachlässe



- Mitgliederbeiträge
- Spenden
- Nachlässe

Die Einnahmen durch Mitgliederbeiträge und Spenden blieben auf Vorjahresniveau. Angesichts der unsicheren Wirtschaftslage und des allgemein herausfordernden Umfelds ist das Resultat erfreulich. Einen starken Anstieg verzeichneten wir bei den Nachlässen. Diese sind naturgemäss schwierig planbar und unterliegen Schwankungen.

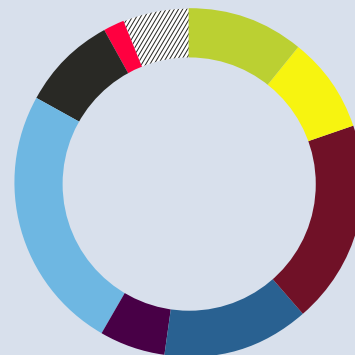
Aufwand



- 69 % Projektaufwand
- 14 % Fundraising und allgemeiner Werbeaufwand
- 17 % Administrativer Aufwand

69 % (Vorjahr 74 %) des Aufwands (inkl. Personal) flossen in die Projektarbeit. Die Ausgaben für Fundraising und allgemeinen Werbeaufwand lagen bei 14 % (Vorjahr 11 %), der administrative Aufwand betrug 17 % (Vorjahr 15 %).

Projektaufwand



- 11 % Landwirtschaft und Ernährung
- 9 % Gesundheit
- 18 % Finanzen und Steuern
- 14 % Rohstoffe
- 6 % Agrarrohstoffe
- 25 % Mode
- 9 % Konzernverantwortung
- 2 % Handelspolitik
- 6 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 4 392 012 Franken (inkl. Personalaufwand) entfielen 25 % auf die Recherchen und Kampagnen im Bereich Mode und 18 % auf den Bereich Finanzen und Steuern. Für den Bereich Rohstoffe wurden 14 % des Projektaufwands verwendet. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung.

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
An die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern für das am 31. Dezember 2025 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Kern-FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Demnach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Kern-FER vermittelt und nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Ohne unsere Prüfungsaussage einzuschränken, machen wir auf die Anmerkung 5.2 im Anhang der Jahresrechnung aufmerksam, in der eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich eines Gerichtsverfahrens dargelegt ist. Der definitive Ausgang des Verfahrens ist derzeit offen, weshalb für möglicherweise resultierende Verpflichtungen nur teilweise Rückstellungen gebildet worden sind.

Zürich, 29. Januar 2026

BDO AG

Marco Beffa

i.V. Anita Seferi

Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug beziehungsweise um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2025. Die komplette Rechnung 2025 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und Swiss GAAP FER kann unter **publiceye.ch/jahresrechnung** heruntergeladen oder bei unserer Geschäftsstelle bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye im Wandel der Zeit

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision ihrer Gründerinnen und Gründer ist Public Eye bis heute treu geblieben: der Bekämpfung der Ursachen von Ungleichheit und Armut an der Wurzel, sprich bei uns in der Schweiz.

Wenn Unternehmen ihre Marktmacht ausnutzen und im Verborgenen undurchsichtige Geschäfte abwickeln, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz und im globalen Machtgefälle haben. Wir recherchieren hartnäckig und faktentreu, enthüllen Korruption sowie illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards.

Während Medien finanziell und politisch immer stärker unter Druck geraten und die Desinformation zunimmt, erhalten gründliche Recherchen von unabhängiger Seite einen ganz neuen Stellenwert. Unsere aufwendige Arbeit ist nur möglich dank des kontinuierlichen Engagements unserer Mitglieder, Spender*innen und Nach-

lassgeber*innen. Deren treue und grosszügige Unterstützung ist ein Garant für unsere Unabhängigkeit, sichert unsere langfristige Existenz und erlaubt uns, dranzubleiben und immer wieder mutige und unkonventionelle Kampagnen durchzuführen.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen und nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Wir richten uns mit unseren Aktivitäten primär an Schweizer Konzerne und die Schweizer Politik, aber auch an die Öffentlichkeit, um Druck aufzubauen und zu sensibilisieren.

Danke, dass Sie mit uns eine gerechtere Welt möglich machen! ■

► Mehr Informationen: publiceye.ch



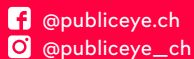


SEIT BALD 60 JAHREN SETZT SICH
PUBLIC EYE DAFÜR EIN, DASS SCHWEIZER
UNTERNEHMEN UND DIE SCHWEIZER
POLITIK IHRE VERANTWORTUNG ZUR
WELTWEITEN ACHTUNG DER MENSCHEN-
RECHTE WAHRNEHMEN. MIT RECHERCHEN,
KAMPAGNEN UND DER UNTERSTÜTZUNG
UNSERER 29000 MITGLIEDER ENGA-
GIEREN WIR UNS IN DER SCHWEIZ FÜR
FAIRE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN.
DENN Globale Gerechtigkeit BEGINNT
BEI UNS.

Public Eye

Dienerstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

